

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 27/3 (2000)

DOI: 10.11588/fr.2000.3.61966

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

sondern die moralischen Qualitäten der eigenen Position wichtig waren – und setzte doch auf die militärische Karte atomarer Rüstung.

De Gaulle war ein großer Franzose, auch ein großer Europäer. »Entre une Angleterre que sollicite le Commonwealth et une Allemagne qui se cherche, j'ai toujours pensé que la France était destinée, par la géographie même, à promouvoir l'Union européenne«, schrieb er bereits 1948 (S. 167). Seine Interessendefinitionen und Einsichten wichen aber fast immer von denen der anderen Staaten ab. Die eigenständige Ostpolitik Frankreichs der sechziger Jahre wurde fast nahtlos von der Brandtschen ab 1966/69 abgelöst und beerbt (S. 429).

Besonders hoch schätzt Vaïsse die Tatsache, daß es dem General gelang, die Entlassung einer großen Anzahl von ehemals abhängigen Staaten in die Unabhängigkeit ohne Blutvergießen zu schaffen. Aus den abhängigen Staaten sollten in der französischen Union privilegierte Beziehungen werden. Gerade mit Algerien versuchte er dies in den sechziger Jahren zu praktizieren. Der General als Friedensstifter ist eine bemerkenswerte Denkfigur.

Maurice Vaïsses Werk besticht durch eine souveräne Beherrschung des Materials. Seine Interpretation liegt dicht bei de Gaulle, den er etwa auch bei den Fragen des französischen NATO-Rücktritts 1966 gegen andere Autoren wie Soutou in Schutz nimmt. Gerade die Bilanz von Vaïsse macht aber auch die Grenzen von de Gaulles Werk deutlich, auch wenn dreißig Jahre nach seinem Rückzug vieles von seinen Visionen eingetroffen ist, insbesondere die Bipolarität der Welt sich aufgelöst hat. Einem der bedeutendsten Politiker unseres Jahrhunderts hat Maurice Vaïsse ein opus magnum gewidmet.

Jost DÜLFFER, Köln

John P. S. GEARSON, *Harold Macmillan and the Berlin Wall Crisis, 1958–1962. The Limits of Interests and Force*, London (Macmillan) 1998, XIII–281 S. (Studies in Military and Strategic History).

Mit seiner Londoner Dissertation legt John P. S. Gearson die erste aus einem breiten Fundus britischer und amerikanischer Regierungsakten herausgearbeitete Monographie zur britischen Politik in der zweiten Berlin-Krise vor. Nach Gearson lassen die besatzungsrechtlichen und allianzpolitischen Konstellationen dieser Krise retrospektivisch deutlich zutage treten, daß die Handlungsspielräume der Regierung in London im Sinne einer bündnisverpflichteten europäischen Mittelmacht eng begrenzt waren. Premierminister Harold Macmillan als der entscheidende außenpolitische Akteur dachte und handelte im Gegensatz dazu aber in den traditionellen Kategorien einer unabhängig agierenden Weltmacht. Im Bestreben, mittels eines Gipfeltreffens der Vier Mächte, auf dem Macmillan als ehrlicher Makler aufzutreten gedachte, einer neuen europäischen Sicherheitsordnung und einer Detente zwischen Ost und West den Weg zu ebnet, belastete Macmillan die Beziehungen Großbritanniens zu seinen wichtigsten westlichen Verbündeten – den USA, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich – schwer, wenngleich unterschiedlich nachhaltig. Im Nachzeichnen dieser bündnisinternen Spannungszustände und der britischen Politik als ihrer Hauptursache besteht die Stärke des Buches.

Gearson kann nachweisen, daß London die Lage um Berlin von Beginn der Krise im November 1958 an aus einem Gefühl eigener und gesamtwestlicher Schwäche heraus perzipierte. Die Suche nach einem Ausweg unter wohlkalkulierter Preisgabe wesentlicher deutschland- und sicherheitspolitischer Interessen der deutschen Bundesregierung bestimmte fortan das Bemühen der Planer an der Themse. Dabei entwickelten sie nach Gearson keine eigenständige Berlin-Politik, sondern formulierten berlinpolitische Positionen lediglich als Funktion anderer Politikfelder bzw. als Ableitung von Interessen, die man der Wahrung der Besatzungsrechte in Berlin überordnete. So war zum Beispiel das von Macmillan mit Nachdruck verfolgte Ziel, im Rahmen einer Berlin-Regelung Zonen verdünnter Rüstung beiderseits

des eisernen Vorhangs durchzusetzen, 1959 vor allem wahl- und damit innenpolitisch motiviert, während es sich von Anfang 1960 an mit der außenpolitischen Absicht verband, ein französisch-britisches Bündnis zur Führung Europas zu begründen. Der mit den beabsichtigten Disengagementmaßnahmen einhergehende militärische Bedeutungsverlust der Bundesrepublik sollte Paris aus seiner Fixierung auf Bonn lösen. Britischerseits entsprang diese Politik ebenso einem tiefen Mißtrauen der neuentstehenden deutschen Stärke gegenüber wie auch einer Enttäuschung über den verlorenglaubten Einfluß auf die USA im Rahmen der Special Relationship sowie handelspolitischen Besorgnissen in Anbetracht der voranschreitenden wirtschaftlichen Integration Kontinentaleuropas.

Am Ende, so Gearson, erwies sich Macmillans Politik als kontraproduktiv. Die hauptsächlich durch Großbritannien verursachte westliche Uneinigkeit im Auftreten gegenüber der Sowjetunion habe nicht nur zur Verlängerung und Intensivierung der west-östlichen Spannungen geführt, sondern das Vereinigte Königreich auch seine handels- und europapolitischen Ziele verfehlen lassen.

Mit seinem kritischen Urteil über Harold Macmillan liegt Gearson im Trend der neueren Zeitgeschichtsforschung, die mit Arbeiten von Richard Aldous, Sabine Lee, Victor Mauer und Ann Tusa zu einer den Macmillan-Memoiren und der offiziellen Biographie Alistair Hornes widersprechenden Bewertung gelangt ist. Hochspekulativ und archivalisch nicht belegt ist jedoch Gearsons Hypothese, eine den deutschen Interessen gewogenere britische Berlin-Politik hätte Adenauer zu einer Unterstützung der britischen Europapolitik gegenüber de Gaulle veranlaßt, was wiederum einen Erfolg der britischen Bemühungen zur Errichtung einer Freihandelszone wahrscheinlich gemacht und später die Ablehnung des britischen Aufnahmebegehrens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft verhindert hätte. Nach dem heutigen Kenntnisstand erscheint zweifelhaft, ob Adenauer, der die Europapolitik Londons seit ihrer Entscheidung zur Abstinenz von dem 1955 in Messina begonnenen Integrationsprozeß dezidiert skeptisch betrachtete, zu einem derart probritischen Verhalten bereit gewesen wäre. Noch viel mehr erscheint fraglich, ob sich de Gaulle hiervon in seiner antiatlantischen Grundeinstellung, die sich bezogen auf die Europapolitik antibritisch äußerte, maßgeblich hätte beeinflussen lassen.

Den grundsätzlich positiven Eindruck des Buches trüben aber auch einige Fehler bei der Darstellung der deutschen Politik. So verwechselt Gearson die KPD mit der SED (S. 12), versieht den Bonner Außenminister Heinrich von Brentano und seinen Staatssekretär Hilger van Scherpenberg mit falschen Vornamen (S. 41 und 61) und erweckt den unzutreffenden Eindruck, ein vertraulicher Fragenkatalog Adenauers an Globke von Ende Februar 1959, der nur einer Handvoll Leuten im Kanzleramt bekannt war, habe in Bonn die Runde gemacht (S. 81).

Darüber hinaus bleibt fraglich, warum das Jahr 1962 trotz des gegenteiligen Versprechens im Titel des Buches nicht mehr behandelt wird. Zwar weist Gearson überzeugend nach, daß sich der britische Einfluß auf die Politik der USA und damit auf die Politik des Westens insgesamt schon 1961 stark verringerte, weil sich London weder an der von Washington geforderten konventionellen Aufrüstung des Westens beteiligen noch konstruktiv am Contingency Planning mitwirken wollte. Jedoch bleibt Gearson sich und seinen Lesern etwas schuldig, wenn er einerseits das Jahr 1962 ausspart, andererseits aber am Ende seiner Darstellung der historischen Wirklichkeit entsprechend einräumt, daß sich aus Sicht der westlichen Staatsmänner die Berlin-Krise in der Kuba-Krise fortsetzte und erst mit ihrer Beilegung überwunden wurde.

Volker ERHARD, Bonn